

Ortenaukreis

S A T Z U N G

der Gemeinde Meißenheim (Ortenaukreis) über die 2. Änderung des Bebauungsplanes "Mühlfeld" auf Gemarkung Meißenheim

Der Gemeinderat hat am 07. März 1989 die vereinfachte Änderung des am 26.01.1971 rechtskräftig gewordenen Bebauungsplanes unter Zugrundelegung von § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I, S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert am 18.02.1986, beschlossen.

§ 1

Gegenstand der Änderung

Gegenstand der Änderung ist der zeichnerische Teil, M 1:1000 vom 16.10.1970 und die Bebauungsvorschriften vom 16.10.1970.

§ 2

Inhalt der Änderung

Die im zeichnerischen Teil für Flst.Nr. 2428/17 bei zweigeschossiger Bauweise festgesetzte Dachneigung von 23°-30° wird geändert in 38°.

§ 3

Bestandteile des geänderten Bebauungsplanes

Der geänderte Bebauungsplan besteht nunmehr aus

- | | |
|--|----------------|
| 1. Dem zeichnerischen Teil, M 1:1000
zuletzt geändert am 17.03.1972 | vom 16.10.1970 |
| 2. Den Bebauungsvorschriften | vom 16.10.1970 |
| 3. Dem Übersichtsplan | vom 16.10.1970 |
| 4. Der Begründung | vom 16.10.1970 |
| 5. Der Begründung zur 1. Änderung | vom 17.03.1972 |

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Hinweis

Eine etwaige Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuches (BauGB) bezeichneten Verfahrens- oder Formvorschriften sowie der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO bei der Aufstellung dieses Bebauungsplanes wird nach § 215 BauGB und § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans gegenüber der Gemeinde Meißenheim geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung werden nach § 215 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Bebauungsplans gegenüber der Gemeinde Meißenheim geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung sowie über die Durchführung des Anzeigeverfahrens und die Bekanntmachung des Bebauungsplans verletzt worden sind. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 des Baugesetzbuches über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Meißenheim, den 07. März 1989



.....
(R e i t h, Bürgermeister)

Bekanntgemacht entsprechend der Bekanntmachungssatzung durch das Amtsblatt der Gemeinde Meißenheim Nr. 10 am 10.03.1989 und Aushang an den Rathäusern in Meißenheim und Kürzell vom 10.03.-20.03.1989.

Der Bebauungsplan wurde damit am 21.03.1989 rechtsverbindlich.

Entschädigungsansprüche gemäß § 44 BauGB erlöschen am 11.03.1990.

Meißenheim, den 21. März 1989



R e i t h, Bürgermeister